

Peter Fleissner

Krisenbewältigung in Ost und West

Globale Krisen sind eine Geißel für unsere Welt. Menschengemachte – wie Kriege oder ökonomische Zusammenbrüche ganzer Länder und Regionen - sind im Prinzip durch Änderungen der Politik vermeidbar. Auf Naturkatastrophen trifft dies nur zu einem kleineren Teil zu.

Wohl können sie nicht vermieden werden¹, aber die lokale Bewältigung ihrer Folgen ist Menschenwerk. Krisen bieten uns einen - wenn auch tragischen - Anlass, mehr über die unterschiedlichen Gesellschaften, ihre Prinzipien und Handlungsweisen zu erfahren. Die Finanzkrise 2008 und die Corona-Pandemie geben uns Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob es einen Unterschied für die Menschen macht, in welchem Land der Welt sie leben und welches Gesellschaftssystem dort herrscht. Dabei kommt es mir heute weniger darauf an herauszufinden, ob DER Kapitalismus oder DER Sozialismus die beste aller Welten hervorbringt, sondern eher faktenbezogen zu prüfen, wieweit die „Emanzipation der Arbeit“ (Marx) in den jeweiligen Ländern erreicht ist und die Arbeits- und Lebensbedingungen menschenwürdig sind.

Ich kann mich zum Beispiel daran erinnern, dass mein naives Vertrauen zum Realsozialismus in den 1960er-Jahren so groß war, dass ich die friedliche Nutzung der Kernenergie in einem sozialistischen Land für ungefährlich hielt. Zunächst wurde ich in meinem (Vor)urteil bestätigt, als es 1979 im Atomkraftwerk Three Mile Island (Pennsylvania) zu einer teilweisen Schmelze des Reaktorkerns kam. Aber einige Jahre später musste ich der Wahrheit ins Auge sehen: Während Three Mile Island Stufe 4 auf der INES-Bewertungsskala für nukleare und radiologische Ereignisse erreichte, lag die Katastrophe von Tschernobyl 1986 auf der höchsten INES-Stufe 7. Sie übertraf sogar den späteren Reaktorunfall in Fukushima (2011) um das Sechsfache. So habe ich lernen müssen, dass ideologische Systeme weder gegenüber radioaktiver Strahlung noch gegenüber technischen oder menschlichen Fehlern immun sind. Und ich bin besonders vorsichtig geworden, wenn ich von ungewöhnlichen Leistungen des einen oder anderen Landes höre, vor allem dann, wenn sie von Politiker*innen dieses Staates ausgesprochen werden. In einem solchen Fall schadet es nie, für eine korrekte Bewertung dieser »Fakten« auch das politisch-ökonomische Umfeld einzubeziehen, in dem sie ausgesprochen werden. Wahlkampfzeiten etwa sind überall besonders lügenanfällig.

Als Kern meiner Mikroanalyse habe ich die beiden Großmächte USA und China (und einige kleinere Geschwister) ausgewählt, die eine unterschiedliche Gesellschaftsstruktur besitzen.

Wie sind diese Länder durch die ersten zwei Jahrzehnte des neuen Jahrtausends und wie

¹ Der eingeschlagene gesellschaftliche Entwicklungspfad kann die eine oder andere Naturkatastrophe dennoch wahrscheinlicher machen.

durch die ökonomische Krise 2007/8 gegangen? Haben sie die Covid-19 Pandemie bewältigt und wenn ja, wie?

Wirtschaftsentwicklung

Wählen wir als traditionellen Maßstab für den Ländervergleich das Brutto-Inlandsprodukt, so ist das Ergebnis eindeutig: Die Volksrepublik China hat in allen vergangenen 20 Jahren viel höhere Wachstumsraten aufzuweisen als die USA. Der Unterschied liegt bei fünf Prozent und mehr (Abb. 1).

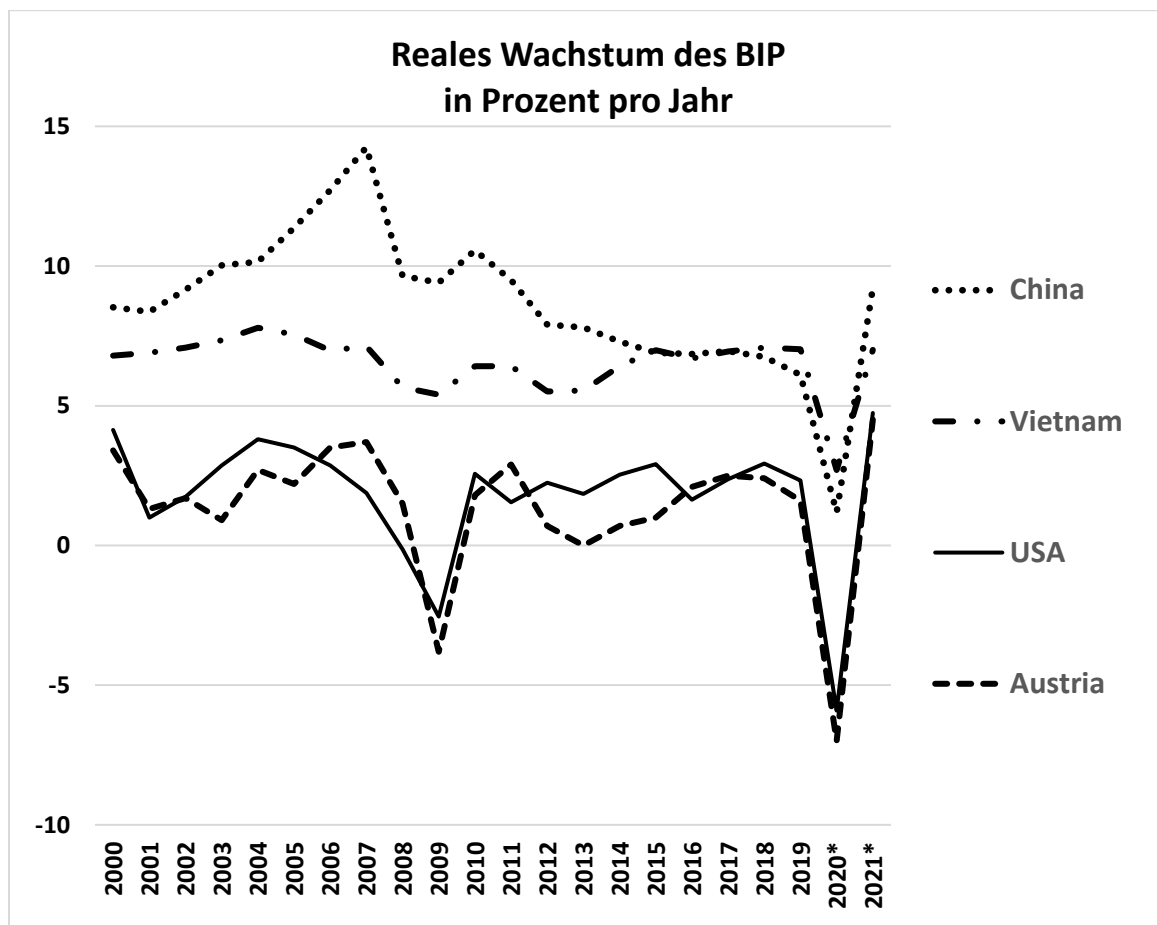


Abbildung 1: Reales Wachstum des BIP in Prozent pro Jahr (* Prognosen)

Quelle: The World Bank Group 2020 online

WachstumskritikerInnen werden sofort einwenden, dass dieses hohe Wachstum leichter möglich war, da China von einem niedrigen Wirtschaftsniveau ausging, und es bloß auf Kosten der WanderarbeiterInnen und der Umwelt erreicht wurde. Vom Standpunkt der Degrowth-Bewegung wird der Indikator Wirtschaftswachstum generell angezweifelt. Umgekehrt ist aber auch sicher, dass kein anderes Land der Welt so viel für die Entwicklung grüner Technologien (vor allem der Solarenergie) getan hat wie China. Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur

geht mit atemberaubendem Tempo vor sich. Neubauten, ja ganze Städte, Sportstätten, Museen, Schnellzugsverbindungen, Fernstraßen und Flughäfen werden aus dem Boden gestampft. Obwohl China in einem Aufholprozess zum reichsten Land der Welt steht², hat es 2020 erst 16 Prozent des Pro Kopf Einkommens der USA erreicht. Dennoch ermöglichen die großen Exporterfolge Chinas weltumspannende Einkaufstouren von Unternehmen und Infrastruktureinrichtungen. Die Initiative der Neuen Seidenstraße erregt weltweites Aufsehen, aber auch Kritik.

Der Westen wirft China seine autoritären Strukturen, seine harte Hand in Hongkong, aber auch gegenüber den Uigur*innen und Tibeter*innen, und die Expansion im südchinesischen Meer vor.

Unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftswachstums geht ein Ländervergleich eindeutig zugunsten Chinas aus (Vietnam mit ähnlichen politischen Strukturen ist durchaus vergleichbar) und zeigt, dass die neoliberal orientierten Länder des Westens erstens die Weltwirtschaftskrise 2007/8 hervorgebracht und sie zweitens jämmerlich schlecht bewältigt haben.

Armutsbekämpfung

Aber China hat auch noch andere Besonderheiten aufzuweisen. So hat sich die KP Chinas verpflichtet, zu ihrem 100. Geburtstag ihrem Land ein besonderes Geburtstagsgeschenk zu machen: die Bekämpfung der Armut in ihrem Land. 2012 waren noch 100 Millionen Menschen arm (sie verdienten weniger als 600 Dollar pro Jahr). Und es ist China gelungen, bis Ende 2020 die letzten noch armen fünf Millionen Menschen über diese Einkommensschwelle zu heben. Neun Bezirke hatten sich zuletzt noch auf der Liste befunden, alle in der Provinz Guizhou. Ich habe diese Provinz 2007 selbst besucht. Mir wurde damals angekündigt, dass ich aus Beijing in eine der ärmsten Provinzen Chinas kommen werde. Der damalige Generalsekretär der KP, Hu Jintao, stammte von dort. Es wurde mir versichert, dass er sich persönlich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Guizhou eingesetzt hätte. Obwohl reich an natürlichen Rohstoffen, hatte Guizhou in den vergangenen Jahren dennoch nur wenig vom chinesischen Wirtschaftsboom profitiert. Mein Erstaunen war groß, als ich vom Flugzeug aus einen Knoten von mehreren Autobahnen in der als arm bezeichneten Hauptstadt Guiyang sehen konnte und von einer Professorin mit ihrem Privatauto vom Flughafen abgeholt wurde. Ich fragte mich: Sieht Armut so aus? Allerdings konnte ich dann den Unterschied zwischen Stadt und Land feststellen. Die Bauern, die ich besuchte, lebten in Pfahlbauten aus Holz, die Tiere unterhalb, zu ebener Erde.

² BIP pro Kopf in China zu laufenden Preisen: 1980 = 100; 1990 = 1,13; 2000 = 3,10; 2010 = 14,62; 2020 (Prognose) = 35,15.

China selbst spricht noch nicht von einer nachhaltigen Erreichung des Ziels, endgültige Ergebnisse würden erst Mitte 2021 nach Auswertung des Endberichts vorliegen. Kritiker führen schon jetzt an, dass die Armutsschwelle von den Vereinten Nationen mit 700 Dollar höher definiert wurde als von China, und dass manche Familien gegen ihren Willen in Dörfer umgesiedelt wurden, die durch Straßen mit der Außenwelt verbunden sind. Aber es ist schon erstaunlich, dass Chinas Zentralregierung 77 Mrd. US-Dollar in Entwicklungsgebiete investiert hat. Die Gelder wurden dabei zum Teil direkt an die Betroffenen ausgeschüttet, andererseits dienten sie zum Aufbau von Umsiedlungszentren, in denen mehrstöckige Neubauten und die nötige Infrastruktur errichtet wurden. Über 500.000 Funktionäre wurden dazu ausgewählt und aufs Land geschickt. Das Herzstück der Armutsbekämpfung sind Berufsschulen, in denen Ausbildungen angeboten werden, die für die Selbsterhaltung wichtig sind. Reiche Städte übernehmen Patenschaften und entsenden zahlreiche HelferInnen (ÄrztInnen, ApothekerInnen, Parteikader). Manche Paten-Unternehmen vergeben Fertigungsaufträge (z.B. für Trainingsanzüge), die in Guizhou zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und ein höheres Einkommen ermöglichen. Auch wenn manche Umsiedler-Familien lieber in ihrer traditionellen Umgebung bleiben wollten, sehen sie die Zukunft für ihre Kinder positiv.

Chinesische Medien weisen immer wieder darauf hin, dass noch viel zu tun bleibt, um einen bescheidenen Wohlstand für alle zu erreichen. Dennoch ist das bisher Geleistete beeindruckend: „Lebten 1981 noch 90 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, waren es 2019 weniger als ein Prozent; 850 Millionen Chinesen haben in vier Jahrzehnten ein Leben voll Elend und Entbehrungen hinter sich gelassen.“ (Die Presse am Sonntag, 20. 12. 2020, S. 5)

Soziale Lage

Auch andere Indikatoren zeigen Verbesserungen an. So sind die Arbeitslosenquoten in China auch in der Finanzkrise 2008 kaum gestiegen, während sie sich in den USA mehr als verdoppelt haben. Österreich zeigte dagegen schon seit Beginn der 1970er-Jahre einen durch die Krisen leicht modulierten permanenten Aufwärtstrend (Abb. 2).

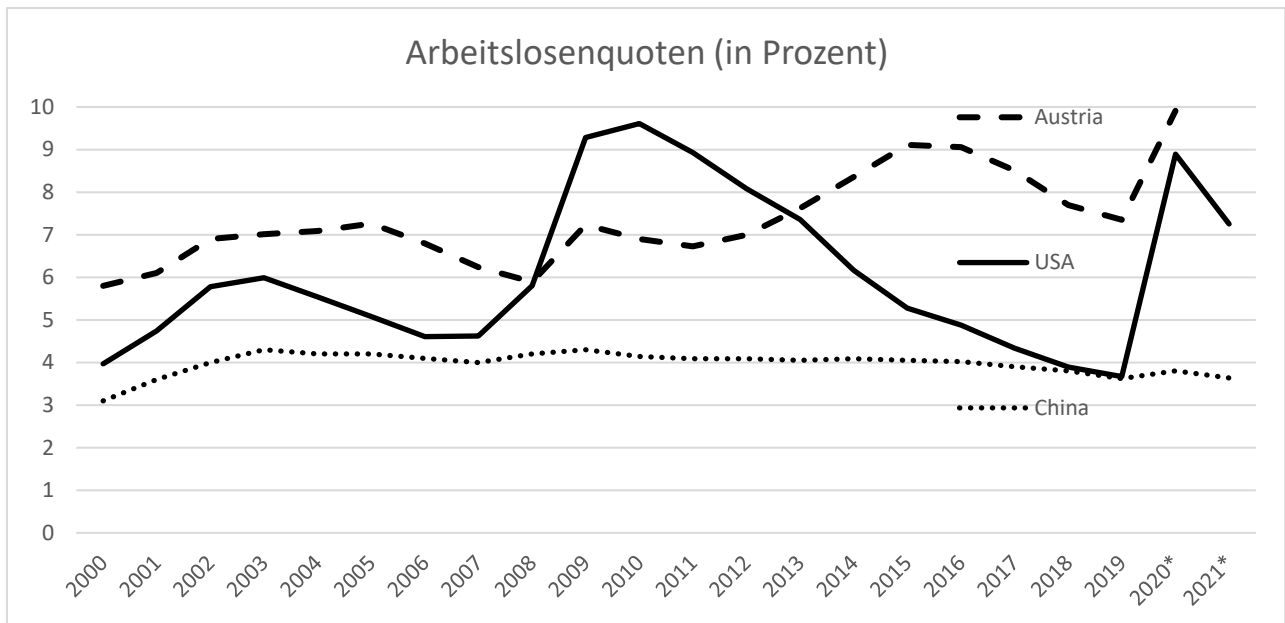


Abbildung 2: Arbeitslosenquoten

Quellen: [USA - Arbeitslosenquote bis 2025 | Statista](#); [China - Arbeitslosenquote bis 2025 | Statista](#); [Österreich: Statistik Austria online](#).

Ich habe versucht, auch einige Daten über die Einkommenssituation zusammenzustellen: Laut Statista hat sich in China das jährliche verfügbare Haushaltseinkommen in Yuan (1 Yuan entspricht etwa 0,13 Euros) zwischen 1990 und 2019 zu laufenden Preisen beträchtlich erhöht, und zwar in der Stadt 28-fach, am Land etwas mehr als 23-fach. Berücksichtigt man die Inflationsrate, die in dieser Periode zu einem etwa 3 mal höheren Preisniveau geführt hat, bleiben reale Zuwächse der verfügbaren Haushaltseinkommen für die Städte um das 9,3-fache, am Land um das 7,6-fache. Dennoch ist die Einkommensungleichheit zwischen Stadt und Land noch groß. Auch im letzten Jahrzehnt ist diese Ungleichheit nur langsam abgebaut worden, aber bei einer permanenten jährlichen realen Zunahme für alle (Abb. 3). Es ist unbestritten, dass die USA ein wesentlich höheres Haushaltseinkommen (im Vergleich mehr als 30-fach für ländliche Regionen, bzw. mehr als zehnfach in den Städten) aufweisen, aber mit geringeren Zuwachsraten (18,6 Prozent seit 2010) als China. Durch die Erhöhung der Haushaltseinkommen und die damit verbundene Steigerung der Kaufkraft sinkt gleichzeitig die Abhängigkeit Chinas von Exporten, ein gewünschter Nebeneffekt. Zum Vergleich: In Österreich stagnierte das reale Netto-Medianeinkommen je Lohnabhängiger/m in der letzten Dekade, wobei anzumerken ist, dass die Ungleichheit der Einkommen zwischen den Geschlechtern schon seit Jahrzehnten hoch gewesen ist (2019: 24.000 Euro für Männer bzw. 17.000 Euro für Frauen) und kaum eine Tendenz zur Verringerung aufweist.

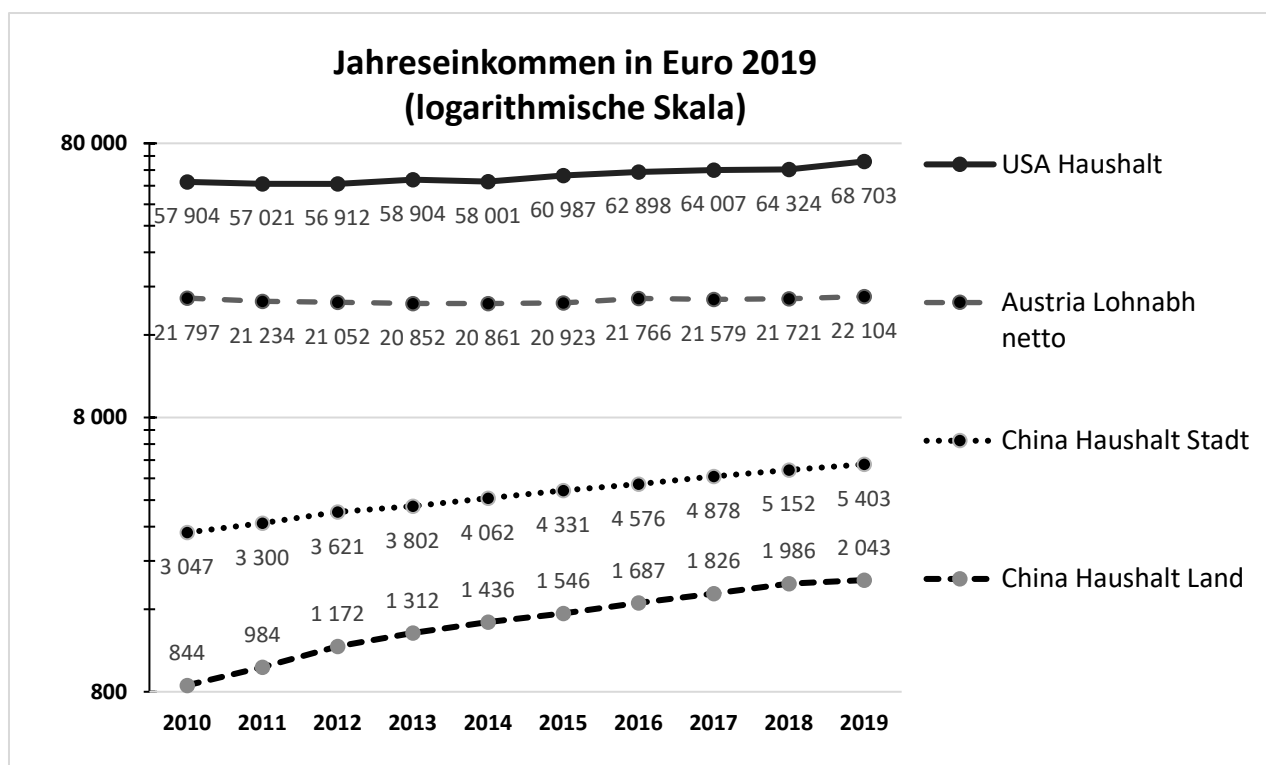


Abbildung 3: Jahreseinkommen in drei Ländern

Quellen:

USA: Table C-1. Historical Median Income Using Alternative Price Indices: 1967 to 2019

[Income and Poverty in the United States: 2019 \(census.gov\)](https://www.census.gov/popest/data/income/poverty/income-poverty-in-the-us-2019.html)

Wechselkurs 2019: [Historischer Wechselkurs des Dollar von 2001 bis 2020 \(reisebuch.de\)](https://www.reisebuch.de/lexikon/historischer-wechselkurs-des-dollar-von-2001-bis-2020/)

Berechnung in Euro mit mittlerem Wechselkurs Dollars in Euro 2019

China: Annual per capita disposable income of rural and urban households in China from 1990 to 2019 (in yuan) <https://www.statista.com/statistics/259451/annual-per-capita-disposable-income-of-rural-and-urban-households-in-china/>

Preisentwicklung China: [China - Inflationsrate bis 2025 | Statista](https://www.statista.com/statistics/1088147/china-inflation-rate-2025/)

Berechnung in Euro mit mittlerem Wechselkurs Yuan in Euro 2019

Wechselkurs 2019: [Euro-Yuan Historie | Euro-Renminbi Kurshistorie - boerse.de](https://www.boerse.de/lexikon/euro-yuan-historie), arithmetisches Mittel der Jahresendstände 2018 und 2019

Österreich: reales Netto-Medianeinkommen je Lohnabhängigem/r:

Statistik Austria online: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 1997 bis 2009

Preisindex: Statistik Austria online: Harmonisierter Verbraucherpreisindex 2015

Linke, die sich an Marx orientieren, werden zusätzlich einen Beitrag zu Emanzipation der Arbeit einfordern, der sich nicht in menschenwürdigen materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen erschöpft, sondern die Lohnarbeit als Institution überhaupt zurückdrängt. Hier ist nicht nur in den explizit kapitalistischen Ländern, sondern auch in den Staaten mit einer kommunistischen Partei an der Spitze noch viel Luft nach oben.

Covid-19-Pandemie

Es gibt kaum einen Zweifel daran, dass die Corona-Seuche im Dezember 2019 in der 11-Millionen Stadt Wuhan (Provinz Hubei) ihren Ausgang nahm. Die Behörden verhängten am 23. Jänner 2020 eine Ausgangssperre von 76 Tagen, die das soziale und wirtschaftliche Leben stark einschränkte. Das Gesundheitswesen brach vorübergehend zusammen, bis 1.400 MilitärärztInnen und 30.000 GesundheitsarbeiterInnen aus ganz China zu Hilfe kamen. Schutzkleidung und Masken wurden aus anderen Provinzen geliefert, um Engpässe zu überwinden. Spezialkliniken wurden aus dem Boden gestampft. Die Maskenpflicht wurde eingeführt, manche

Viertel durften nur noch von den Anwohnern betreten werden, Corona-Apps wurden massenhaft eingesetzt, um die Rückverfolgung von Ansteckungen zu erleichtern. Als Folge des Lockdowns brach das BIP der Provinz gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr im ersten Quartal um 39 Prozent ein. Aber selbst Gabriel Felbermayr, der Chef des Instituts für Weltwirtschaft, stellt China ein gutes Zeugnis aus. China hat »das Infektionsgeschehen überwiegend auf die Region Wuhan beschränkt (und) kommt im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut durch die Krise statt um sechs Prozent wächst die chinesische Wirtschaft um zwei oder drei Prozent.«

Es ist interessant zu sehen, dass in allen größeren Ländern mit kommunistischen Parteien an der Spitze sehr niedrige Sterberaten gemessen wurden.³ Die Provinz Hubei zählte Ende August 4.500 Corona-Tote, bei weitem die Mehrheit aller 4.720 Menschen, die bis dahin in ganz China an COVID-19 gestorben waren. Aber im August ging auch ein Video von einer riesigen Pool-Party in Wuhan ohne Masken um die Welt. Beim »Spiegel« hielt sich die Freude und Erleichterung darüber allerdings in Grenzen: »Menschen feierten in einem Spaßbad, ohne Abstand und Masken. Die Bilder aus Wuhan sorgten für Empörung. Chinas Regierung nutzt sie für sich - um vom Erfolg im Kampf gegen die Pandemie zu berichten«.

Mittlerweile gibt es die Befürchtung, dass sich Covid-19 auch in China wieder ausbreitet, derzeit noch auf einem niedrigem Niveau in der Größenordnung von 100 neuen Fällen pro Tag.

America first! – auch bei Corona

Anders in den USA. Obwohl Trump den Seuchenerreger als China-Virus bezeichnet hat und von der Infamie der chinesischen Regierung spricht, anderen Ländern die Ausbreitung des Virus in China verschwiegen zu haben, zeigen die Daten der WHO, dass die Ansteckungen in den USA erst begannen, als die erste Welle in China schon beendet war. Abbildung 4 zeigt die täglichen Ansteckungszahlen in drei Ländern im logarithmischen Maßstab. Eine von links nach rechts ansteigende gerade Linie in dieser Abbildung bedeutet einen exponentiellen Zuwachs der Zahlen. Die USA weisen Ende Jänner 2021 mehr als 200.000 tägliche Ansteckungen auf, Österreich mehr als 1000 und China ca. 100. Der gewählte Maßstab macht es möglich, auch stark abweichende Zahlen im gleichen Bild übersichtlicher darzustellen.

In den USA folgte der ersten Welle Mitte April 2020 zwar kurzfristig eine Verringerung der Neu-Ansteckungen, aber ab Mitte Juni entwickelte sich – trotz Vorhandensein der nötigen Informationen - eine doppelt so große neue Ansteckungswelle, die bis heute nicht zu ihrem Ende gekommen ist. Offensichtlich hat sich in den USA niemand dafür zuständig gefühlt, das

³ Covid-19-Tote pro Million EinwohnerInnen: Kuba 18; China 3,34; Vietnam 0,35; Laos: 0,0; zum Vergleich Österreich 850.

Ansteckungsgeschehen einzudämmen. Der Preis, den die US-Bevölkerung bereits bisher dafür bezahlt hat, liegt im Februar 2021 bei mehr als 400.000 Toten. Man wird sehen, wie es dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten gelingen wird, die Pandemie zu bekämpfen.

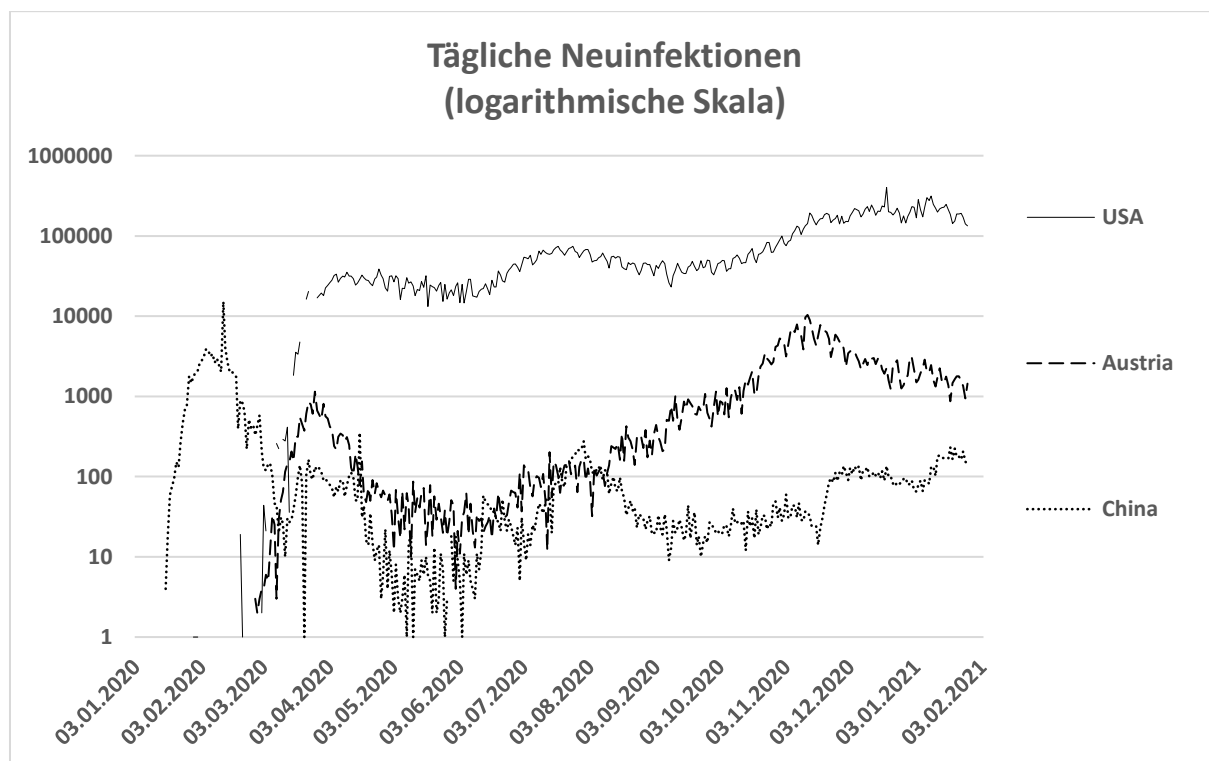


Abbildung 4: Tägliche Neuinfektionen mit Covid-19

Quelle: WHO online

Ansteckung vermeiden!

Die wichtigste Schlussfolgerung, die ich aus diesen Daten ziehen kann, lautet: Ansteckungen vermeiden! Obwohl die Überlebenschancen je Infizierter/m mit 96,7 Prozent im Weltdurchschnitt ziemlich gut stehen, ist entscheidend, wie viele Angesteckte es im Lande gibt. Auch bei niedriger Letalität (Tote pro infizierter Person) wird die Mortalitätsrate (Tote pro Million Personen) hoch sein, wenn sich die Seuche stark verbreitet. Dies ist gleichzeitig ein Argument gegen die Auffassung, dass wir eine »Herdenimmunität« (alle Menschen wurden angesteckt) erreichen könnten, denn bis wir dieses Ziel erreicht haben, würden in Österreich zusätzlich rund 300.000 Menschen gestorben sein (zum Vergleich: 2019 starben tatsächlich 83.386 Personen insgesamt).

Ist im Kapitalismus keine erfolgreiche Bekämpfung des Virus möglich? In der neuen Monatszeitschrift »Tagebuch« zeigt man sich pessimistisch: »Die staatliche Gesundheitspolitik im Kapitalismus stellt sich nicht die Frage ‚Was muss getan werden, um das Virus auszurotten?‘ Stattdessen stellt sie eine Kosten-Nutzen-Analyse an ‚Ab welcher Dauer und Intensität der Seuchenschutzmaßnahmen behindern diese die Kapitalakkumulation unserer Unternehmen stärker, als ein Wiederanstieg der Infektionszahlen es tun würde?« Daher, so das Tagebuch weiter, »wird, auf mal etwas höherem, mal etwas niedrigerem Niveau, weiter gestorben werden – zumindest bis zur Massenproduktion eines Impfstoffs«. Bei genauerer Prüfung zeigt sich aber, dass der Gesellschaftstyp zwar den Erfolg des Kampfes gegen das Virus mitbestimmt, aber nicht vollständig determiniert. Auch kapitalistische Länder wie z.B. Taiwan, Neuseeland und Singapur haben es trotz ihres Systems geschafft, ziemlich unversehrt durch die Corona-Krise zu kommen.

Wie weiter?

Für einen Ausweg aus der Vielfachkrise ist eine friedliche Welt notwendig. Leider wurden in den letzten Jahren die vorher üblichen Spielregeln des internationalen politischen Diskurses mit Füßen getreten. Rationales Verhalten, Einhaltung von Verträgen und Vereinbarungen, Beachtung der Menschenrechte, Achtung politischer Gegner wurden eher zur Ausnahme als zur Regel. Manche Staatsoberhäupter scheuen vor Lügen und Fake News nicht zurück und nützen ihre Macht zur persönlichen Bereicherung.

Obwohl es klar ist, dass selbst die besten Regeln, die von internationalen Gremien entwickelt wurden, Machtmissbrauch und Korruption nicht vollständig verhindern können, hat die Regierung Trump in den Vereinigten Staaten neue Spielregeln geschaffen, die Nachahmer gefunden hat. Konkurrenten werden nicht respektiert, politische Gegenspieler werden verteufelt und bedroht, indirekt wird zum Aufruhr angestiftet. Der neue Stil erinnert an längst vergangenen geglaubte Zeiten, als westliche Länder ihre Kolonien eroberten, kontrollierten und ausbeuteten. Verbunden mit dieser Dominanz durch militärische und wirtschaftliche Macht zeigt sich ein weit verbreitetes Gefühl der Überlegenheit des „weißen Mannes“. Vielleicht ist es ein Rest der Kolonialzeit, dass führende Politiker weiterhin nicht-weiße Menschen abwerten und diskriminieren, dass Flüchtlingen nicht geholfen wird, dass Minderheiten ungleich behandelt werden, auch wenn sie langfristig Bewohner desselben Landes waren. "America first!" klingt wie ein Echo dieser Tage. Dieses Gefühl der Überlegenheit breitet sich unter den Reichen auf der ganzen Welt aus und macht häufig die Armen und sozial Schwachen für ihr eigenes Elend verantwortlich. Kurznachrichten, die über Twitter verbreitet werden, bringen emotionale Statements an die erstaunte Öffentlichkeit, enthalten aber keine Argumente oder Gründe für das Behauptete. Nichtsdestotrotz findet diese Art von irrationalem Gerede viele Anhänger.

Immer mehr wird der öffentliche Diskurs in den sozialen Medien zu einem Austausch starker Emotionen, Beschimpfungen und Bedrohungen abgewertet.

In den USA wurde durch Präsident Trump eine neue Art der Gesprächsführung gegenüber China etabliert. Anschuldigungen ohne Beweise wurden verbreitet und werden wiederholt. Nach der Erhöhung der Zölle auf Importe aus China sahen wir diskriminierende Praktiken der USA bezüglich der Tätigkeit chinesischer Unternehmen wie im Fall von Huawei oder Byte-Dance (mit der App TikTok). Drohungen richteten sich nicht nur gegen China, sondern auch gegen andere Länder, die chinesische Technologie einsetzen. Aber die USA drohen auch der Europäischen Union mit Sanktionen, wenn sie weiterhin an der Pipeline Nordstream 2 bauen, die Gas aus Russland an die EU liefern soll. Diese Maßnahmen sind möglicherweise wirkungslos. Aber je deutlicher die USA wirtschaftlich an Boden verlieren, desto wahrscheinlicher ist der Einsatz von militärischer Gewalt. In Europa können wir nur hoffen, dass nach den Präsidentschaftswahlen in den USA das Zusammenspiel der Supermächte in Richtung Gleichberechtigung und Polyzentrismus verändert wird. Die EU ist ja aufgrund ihrer politischen inneren Meinungsverschiedenheit kaum in der Lage, zu einer Verbesserung der internationalen Beziehungen beizutragen. So wird es vor allem an Ländern wie China liegen, Geduld zu bewahren, sich weiterhin einer gemäßigten Sprache zu bedienen und einen friedlichen und emanzipatorischen Entwicklungspfad einzuschlagen, der für alle Menschen von Vorteil sein wird.